

Inhaltsverzeichnis

Vorwort – Danksagung	5
Inhaltsverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	23
Erstes Kapitel: Zum Gegenstand, zur Methode und zu den Zielen der Forschung	27
A. Gegenstand, Fragestellung und Arbeitsthese der Forschung	27
B. Angewandte Methode und Struktur der Arbeit	28
C. Aktueller Diskussionsstand und Ziele der Forschung	32
Zweites Kapitel: Zum Konzept der Gestaltungsfreiheit in den gesellschaftsrechtlichen Kodifikationen Ungarns – Entstehung, wissenschaftliche Würdigung, Rechtsprechung	33
A. Einführung – Überblick über die diversen Konzepte der Ge- staltungsfreiheit	33
I. Besonderheiten der Rechtsentwicklung der Gestaltungs- freiheit nach 1989	33
II. Zum Gang der Untersuchung	35
B. GWiG-1988 – Unzulänglichkeiten einer anfangs übermäßig ausgedehnten Gestaltungsfreiheit	37
I. Entstehungsgeschichte – gesetzliche Rechtslage	37
1. Soziales und wirtschaftliches Umfeld – Regelungs- motive	37
2. Korrektur bzw. Einschränkung der Gestaltungsfreiheit (1991)	40
II. Rechtswissenschaftliche Einschätzung	41
1. Unterschiedliche Bewertung der weitgehenden Dispo- sitivität	41
2. Schwierigkeiten bei der Anwendung des Konzepts	43
	9

III.	Ausgewählte Rechtsprechung zur Gestaltungsfreiheit	46
1.	Klarstellung der Reichweite der Gestaltungsfreiheit als vorrangige Erwartung	46
2.	Ausgewählte Judikate – allgemeine Feststellungen	47
3.	Ausgewählte Judikate – Kft-bezogene Feststellungen	48
4.	Folgerungen	51
C.	GWiG-1997 – Anordnung einer beinahe umfassend und rechtsformübergreifend angelegten Satzungsstrenge	51
I.	Entstehungsgeschichte	51
II.	Kritische Einschätzung des Gestaltungsfreiheitskonzepts durch das Schrifttum	54
1.	Vorwurf übermäßiger Inflexibilität bzw. unnötiger Unterbindung unternehmerischer Selbstbestimmung	54
2.	Rechtstechnische Bedenken bezüglich der Art und Weise des Einsatzes zwingenden Rechts	55
III.	Ausgewählte Rechtsprechung zur Gestaltungsfreiheit	56
1.	Die vom Gesetz nicht ausdrücklich geregelten Bereiche aus Sicht des Gestaltungsfreiheit	56
2.	Rechtsprechung zur privatautonomen Regelung des Kft-Geschäftsanteiles	59
3.	Stimmgleichheit	61
4.	Folgerungen	62
D.	GWiG-2006 – allmähliche Eröffnung bestimmter Gestaltungswege	62
I.	Entstehungsgeschichte	62
1.	Konzeptionspapier des Kodifikationsausschusses	63
2.	Regierungsbeschluss über das Konzept des GWiG-2006	65
3.	Gestaltungsfreiheitskonzepts des GWiG-2006	68
II.	Rechtswissenschaftliche Einschätzung des Gestaltungsfreiheitskonzepts	70
1.	Verzicht auf die Wiedereinführung des dispositiven Ansatzes	70
2.	Auflockerung der umfassenden Satzungsstrenge	71
3.	Privatautonome Regelung der vom Gesellschaftsrecht ausdrücklich nicht geregelten Bereiche	72
III.	Ausgewählte Judikatur zur Reichweite der Gestaltungsfreiheit	73
E.	UBGB von 2013 – Wiedergeburt der Gestaltungsfreiheit – Einführung, Entstehungsgeschichte und Diskussionsstand	75
I.	Zur Bedeutung der Vorfrage: Integration des Gesellschaftsrechts ins BGB?	75

1.	Aussagen im Schrifttum	76
2.	Erläuterungen in den Kodifikationsdokumenten	82
II.	Der kurvenreiche Weg zum neuen Gesetz	84
1.	Gesetzesentwurf des Justizministeriums (2008)	84
2.	»Expertenvorschlag« (2008)	85
3.	Fortsetzung der Kodifikationsarbeiten nach dem gescheiterten UBGB von 2009	87
III.	Kritischer Empfang des Gestaltungsfreiheitskonzepts von 2013	89
IV.	Unterbliebene Korrektur des dispositiven Regelungsansatzes (2015-2016)	94
F.	Erste Feststellungen aus Besonderheiten der Entwicklung der Gestaltungsfreiheit im ungarischen Gesellschaftsrecht	98
Drittes Kapitel: Zur Bedeutung und Reichweite der Gestaltungsfreiheit in den gesellschaftlichen Rechtsverhältnissen		103
A.	Etablierung flexibler Regelungsrahmen als zentrales Regelungsziel	103
I.	Einleitung	103
II.	Gesetzgebungsmaterialien	106
III.	Ansichten im Schrifttum zu § 3:4	109
IV.	Fazit	113
B.	Vorüberlegungen zu weiteren Untersuchungen	113
I.	Funktionsweise dispositiven Gesellschaftsrechts	114
II.	Grundzüge schuldrechtlicher Vertragsfreiheit im geltenden Recht	116
C.	Unzulänglichkeiten einer am Wortlaut orientierten Auslegung	118
D.	Systematische Auslegung als methodischer Ansatz	120
I.	Vorverständnis zu § 3:4	121
1.	Systematische Einordnung des § 3:4 – Einheitslösung für die Gestaltungsfreiheit?	121
2.	Systematische Auslegung des Normaufbaus von § 3:4	124
a.	Zentrale Aussagen und offene Fragen	124
b.	Zulässige Bereiche der Gestaltungsfreiheit – »interne Angelegenheiten«	125
c.	Gesetzliche Gestaltungsverbote	127
d.	Offensichtliche Verletzung der Gläubiger-, Arbeitnehmer- oder Minderheitenrechte	129
e.	Verhinderung der Durchsetzung der Gesetzlichkeitsaufsicht	131

3.	Explizite Gestaltungsverbote und Ermächtigungsnormen des Kft-Rechts	132
a.	Ausdrückliche Gestaltungsverbote des geltenden Kft-Rechts	133
b.	Ausdrückliche Ermächtigungsnormen des alten Kft-Rechts	135
II.	Vorläufige Ergebnisse – Arbeitsthesen	137
E.	Der Gestaltungsfreiheit generell eröffnete Bereiche bei der Kft	140
I.	Einleitung – zum Fortgang der Untersuchung	140
II.	Typologie der gesellschaftsrechtlichen Rechtsbeziehungen im ungarischen Schrifttum	143
III.	Verhältnis der Gesellschafter untereinander	146
1.	Bedeutung und erfasste Rechtsbeziehungen	146
2.	Eröffnung neuer Gestaltungsmöglichkeiten aufgrund § 3:4 UBGB?	151
IV.	Verhältnis des Gesellschafters zur Gesellschaft	152
1.	Einleitung und zum Fortgang der Untersuchung	152
2.	Erfasste konkrete Rechtsbeziehungen	153
3.	Vorüberlegungen zur privatautonomen Gestaltbarkeit der einzelnen mitgliedschaftlichen Rechte und Pflichten eines Kft-Gesellschafters	156
4.	Satzungsmäßige Regelungsmöglichkeiten beim Kft-Geschäftsanteil	160
5.	Eröffnung neuer Gestaltungsmöglichkeiten aufgrund § 3:4 UBGB?	161
V.	Binnenorganisation der Gesellschaft	162
1.	Die Binnenorganisation der Kft als Gegenstand privatautonomer Vereinbarung der Gesellschafter?	162
2.	Zu konkreten Anwendungsmöglichkeiten	167
a.	Gestaltungsfreiräume bei der Festlegung des Organgefüges der Kft	168
b.	Gestaltungsfreiräume bei der Festlegung des Kompetenzgefüges der Kft	169
VI.	Arbeitsweise der Gesellschaft	171
1.	Bedeutung	171
2.	Zu konkreten Anwendungsmöglichkeiten	172
F.	Grenzen der Gestaltungsfreiheit	175
I.	Vorüberlegungen zu Grenzen und Schranken der Gestaltungsfreiheit	175
II.	»Statusvorgaben« im Kft-Recht	178
III.	Reichweite definitorischer und identitätsbildender Merkmale der Kft-Form als Grenze der Gestaltungsfreiheit	181

1.	Zur Relevanz der Fragestellung	181
2.	Grundsatz des Numerus Clausus der Gesellschaftsformen im ungarischen Gesellschaftsrecht	183
3.	Atypizität und Typenvermischung als Grenze der Gestaltungsfreiheit im ungarischen Gesellschaftsrecht?	188
4.	Legaldefinition der Wirtschaftsgesellschaften – § 3:88 I	192
5.	Legaldefinition der Kft-Form als definitorischer Inhalt – § 3:159	196
6.	Sonstige »identitätsbildende« Merkmale der Kft-Form – Versuch zur Etablierung des Wesensarguments im ungarischen Gesellschaftsrecht?	197
7.	Grundsätzliche Kritik an dem Wesensargument als Grenze der Gestaltungsfreiheit	202
IV.	Privatautonome Regelung von Rechtsinstitutionen des Kft-Rechts?	205
1.	Wesen von Rechtsinstitutionen im Schuldrecht am Beispiel der Verjährung	205
2.	Wesen von Kft-rechtlichen Rechtsinstituten als Grenze der Gestaltungsfreiheit?	207
G.	Schranken der Gestaltungsfreiheit	209
I.	Einleitung	209
II.	Anwendungsbereich spezieller Gestaltungsverbote	210
III.	Anwendungsbereich der offensichtlichen Rechtsverletzung	211
1.	Problemstellung	211
2.	Ansichten im Schrifttum	212
3.	Stellungnahme zum Anwendungsbereich	214
IV.	Verhinderung der Durchsetzung der Gesetzmäßigkeitsaufsicht	216
1.	Problemstellung	216
2.	Ansichten im Schrifttum und der Rechtsprechung	217
3.	Stellungnahme zum Anwendungsbereich	218
H.	Zur grundsätzlichen Reichweite der Gestaltungsfreiheit	221
Viertes Kapitel: Zur konkreten Reichweite der Gestaltungsfreiheit im geltenden Kft-Recht – ausgewählte Fallgestaltungen		226
A.	Einleitung – Zum weiteren Fortgang der Untersuchung	226
I.	Gründe für die Auswahl des Kft-Rechts als Referenzgebiet	226
II.	Methode und erwarteter Erkenntnisgewinn der Kft-rechtsbezogenen Untersuchungen	228

III. Fortgang der Kft-rechtsbezogenen Untersuchung	229
B. Ausgestaltungsmöglichkeiten und -grenzen bei dem Kft-Geschäftsanteil	232
I. Zulässigkeit eines stimmrechtslosen Geschäftsanteils	232
1. Einleitung – Fragestellung	232
2. Normatives Regelungsumfeld	234
3. Aussagen im Schrifttum	235
4. Prüfung der Zulässigkeit eines stimmrechtslosen Geschäftsanteils unter dem neuen UBGB	236
5. Stellungnahme	238
II. Übernahme mehrerer Geschäftsanteile durch einen Gesellschafter	240
1. Fragestellung – Denkbare Vorteile einer Innehabung mehrerer Geschäftsanteile	240
2. Aussagen im Schrifttum	241
3. Anerkannte Fälle der Innehabung mehrerer Geschäftsanteile	242
4. Schwerpunkte der weiteren Prüfung der Zulässigkeit einer Übernahme mehrerer selbständiger Geschäftsanteile	243
5. Grundsätzliches Verhältnis der Stammeinlage zum Geschäftsanteil	244
6. Legaldefinition des Geschäftsanteils	247
7. Übernahme mehrerer selbstständiger Geschäftsanteile als unzulässige Verformung der Kft-Form?	249
8. Fazit	252
III. Reichweite privatautonomer Beschränkung der Übertragbarkeit von Geschäftsanteilen an Dritte	253
1. Einleitung – Fragestellung	253
2. Übertragung des Geschäftsanteils »gegen Geldleistung« als Begriffs- und Differenzierungsmerkmal	254
3. Unwirksamkeit eines vollständigen Ausschlusses der »gegen Geldleistung« erfolgenden Übertragung des Geschäftsanteils an Dritte	257
4. Unabdingbarkeit des Erfordernisses vollständiger Einlageleistung	258
5. Unwirksamkeit der Abtretung des gesetzlichen Vorerwerbsrechts	260
6. Ausgestaltungsmöglichkeiten beim gesetzlichen Vorerwerbsrecht von § 3:167 II und III	260
7. Verlagerung der Zustimmungskompetenz bezüglich satzungsmäßiger Beschränkungen	264

8. Fazit	266
IV. Einräumung von (qualitativen) Sonderrechten an Geschäftsanteilen	267
1. Einleitung – Fragestellung	267
2. Regelungsumfeld – Gesetzgeberischer Verzicht auf eingehende Regelung von Sonderrechten an Geschäftsanteilen	269
3. Schrifttum – Uneinheitliche Begrifflichkeiten	272
4. Aussagen in der Rechtsprechung	273
5. Zulässige Gegenstände von Sonderrechten an Geschäftsanteilen – ausgewählte Fragen	274
6. Fazit	276
V. Resümee: Der Kft-Geschäftsanteil zwischen Gestaltungsfreiheit und Typenzwang	277
C. Gestaltungsfreiheit in der Binnenorganisation der Kft	278
I. Einleitung	278
1. Grundsatzfrage – Gestaltungsfreiheit als Mittel einer privatautonomen Neugestaltung des gesetzlichen Regelmodells der Binnenorganisation und der Arbeitsweise der Kft?	278
2. Grundzüge der Normalordnung der Kft – potenzielle Einbruchstellen für einen Modellwechsel	282
II. Gestaltbarkeit der Rechtsstellung des Kft-Geschäftsführers	286
1. Verlagerung der Kompetenz für die Bestellung des Geschäftsführers	287
a. Fragestellung	287
b. Alte und geltende Rechtslage	287
c. Prüfung der Zulässigkeit einer vom UBGB abweichenden Zuweisung der Bestellungskompetenz	289
d. Fazit	291
2. Zulässigkeit einer Einschränkung der Abberufung des Geschäftsführers auf wichtige Gründe	292
a. Fragestellung	292
b. Gesetzliches Regelmodell des Geschäftsführers in Bezug auf seine Abberufung	292
c. Prüfung der Zulässigkeit einer Einschränkung der Abberufung auf wichtige Gründe	295
d. Einschränkung der Abberufung auf wichtige Gründe – Inhalt und Anwendungsfälle	296
e. Fazit	297
3. Regelung der Geschäftsführung bei mehreren Geschäftsführern	298

a.	Fragestellung	298
b.	Ungarisches Regelungsumfeld in Bezug auf die Geschäftsführung der Kft	299
c.	Anerkennung der Zulässigkeit der Gesamtgeschäftsführung durch Rechtsprechung	300
d.	Einschätzung der Anerkennung der Gesamtgeschäftsführung	302
e.	Klärungsbedürftige Fragen in Bezug auf die Geschäfts- bzw. Ressortverteilung	303
f.	Fazit	306
III.	Privatautonome Regelung des grundsätzlichen Verhältnisses zwischen den beiden obligatorischen Kft-Organen	307
1.	Fragestellung	307
2.	Kompetenzverteilung zwischen der Gesellschafterversammlung und dem Geschäftsführer nach gesetzlichem Regelmodell	309
3.	Die der Gesellschafterversammlung im gesetzlichen Regelmodell zugeordneten Zuständigkeiten	312
a.	Einführung	312
b.	Auslegung von § 3:109 II 1	313
c.	Die vom Gesetz der Gesellschafterversammlung zugeordneten Kompetenzen	315
4.	Die dem Geschäftsführer gemäß UBGB obliegenden Kompetenzen und Pflichten	317
5.	Differenzierung zwischen Kompetenzentzug und Kompetenzverlagerung	319
6.	Privatautonome Einführung eines Weisungsrechts der Gesellschafterversammlung für die gewöhnliche Geschäftsführung	321
7.	Verlagerung ausgewählter Einzelkompetenzen von der Gesellschafterversammlung auf den Geschäftsführer	324
a.	Neue Möglichkeiten für Kompetenzverlagerungen von der Gesellschafterversammlung	324
b.	Zulässigkeit einer Verlagerung der Kompetenz zur Satzungsänderung auf den Geschäftsführer?	325
8.	Allgemeine Grenzen und denkbare Wege der Kompetenzverlagerung von der Gesellschafterversammlung auf den Geschäftsführer	328
a.	Allgemeine Grenzen	328
b.	Denkbare Wege der Kompetenzverlagerung	332
9.	Fazit	333

IV. Gestaltungsfreiheit in Bezug auf die Arbeitsweise der Kft-Gesellschafterversammlung	334
1. Einleitung – Problemstellung	334
2. Ausgestaltungsmöglichkeiten bei der Regelung der Beschlussfähigkeit	338
a. Einleitung – Fragestellung	338
b. Uneinheitliche Einschätzung durch Schrifttum und Judikatur	339
c. Prüfung der Zulässigkeit niedriger Quote für die Beschlussfähigkeit	342
d. Fazit	344
3. Abdingbarkeit gesetzlicher Stimmverbote	345
a. Einleitung – Zielsetzungen	345
b. Geltende gesetzliche Regelung von Stimmverboten	346
c. Zur Reichweite des generellen Stimmverbots des neuen UBGB	348
d. Jüngste Rechtsprechung zur Abdingbarkeit der Stimmverbote	351
e. Erfordernis eines differenzierten Ansatzes für Beurteilung der Abdingbarkeit einzelner Stimmverbote	352
f. Anmerkungen zur Abdingbarkeit gesetzlicher Stimmverbote für sonstige (weniger ausgeprägte) Interessenkollisionen	358
g. Fazit	359
4. Privatautonome Regelung der Vorgehensweise bei Stimmgleichheit	360
a. Einleitung – Fragestellung	360
b. Rückblick auf den Ansatz des GWiG-1988	361
c. Prüfung der Zulässigkeit eines Sonderrechts zum Stichentscheid	363
d. Fazit	365
V. Gestaltungsfreiheit bei dem Aufsichtsrat	366
I. Einleitung	366
a. Fakultativer und obligatorischer Aufsichtsrat	367
b. Der Aufsichtsrat im Lichte der die Gestaltungsfreiheit einschränkenden materiellen Schutzaspekte	369
c. Zum Fortgang der Untersuchung	372
2. Zwingende Gesetzesvorgaben für den fakultativen Aufsichtsrat	373
a. Einleitung – Fragestellung	373

b.	Wichtigste Kompetenzen und Aufgaben eines Aufsichtsrates nach dem gesetzlichen Regelmodell	374
c.	Anerkennung und Reichweite einer unabdingbaren Mindestkompetenz des fakultativen Aufsichtsrates	375
d.	Reichweite der Gestaltungsfreiheit in Bezug auf die Zusammensetzung und Größe eines fakultativen Aufsichtsrates	377
i.	Mindestzahl von Aufsichtsratsmitgliedern	377
ii.	Unabdingbarkeit des Geschäftsführungsverbots und des Unabhängigkeitserfordernisses	380
iii.	Weitere Gestaltungsfragen	380
e.	Fazit	381
3.	Reichweite der Kompetenzzuweisung an einen »sachentscheidenden« Aufsichtsrat	382
a.	Einleitung – Fragestellung	382
b.	Sachentscheidender Aufsichtsrat vor dem neuen UBGB	384
c.	Bereiche der Gestaltungsfreiheit beim sachentscheidenden Aufsichtsrat unter dem neuen UBGB	386
d.	Grenzen der Gestaltungsfreiheit beim sachentscheidenden Aufsichtsrat unter dem neuen UBGB	388
e.	Zuweisung ausgewählter Einzelkompetenzen an den sachentscheidenden Aufsichtsrat	391
f.	Fazit	393
4.	Modalitäten des Verzichts auf die Arbeitnehmerbeteiligung	394
a.	Einleitung – Fragestellung	394
b.	Wichtigste Kritikpunkte unter dem GWiG-2006	397
c.	Strittige Aspekte der geltenden Regelung	397
d.	Fazit	401
5.	Gestaltungsfreiheit bei freiwilliger Einführung der Arbeitnehmerbeteiligung im Aufsichtsrat	402
a.	Einleitung – Fragestellung	402
b.	Abdingbarkeit der die Rechtsstellung der Arbeitnehmervertreter ausmachenden Gesetzesvorgaben?	405
c.	Fazit	408
VI.	Ausgestaltungsmöglichkeiten bei »sonstigen Gesellschaftsorganen«	410
1.	Einleitung – Fragestellung	410
2.	Einsatzbereiche von ungarischen Beiräten nach gesetzlichem Regelmodell	411
a.	Unter dem GWiG-2006	411

b. Unter dem neuen UBGB	412
3. Beirat in Abgrenzung zum sachentscheidenden Aufsichtsrat	414
4. Zur Zulässigkeit einer privatautonomen Umgestaltung des gesetzlichen Regelmodells beim Beirat	415
5. Ausgestaltung einer Öffnungsklausel zur Einrichtung von Beiräten durch Gesellschafterbeschluss	417
6. Zur Zulässigkeit einer satzungsmäßigen Ermächtigung des Geschäftsführers zur Einrichtung eines Beirats unter dem neuen UBGB	418
7. Anhörungspflichten und Zustimmungsvorbehalte zugunsten des Beirats	420
8. Verlagerung ausgewählter Einzelkompetenzen auf den Beirat	422
9. Fazit	423
VII. Schlussfolgerungen für die Abdingbarkeit des gesetzlichen Regelmodells der Binnenorganisation der Kft	424
D. Gestaltungsfreiheit bei der Kapitalaufbringung der Kft	428
I. Einleitung – zum Fortgang der Untersuchung	428
II. Beispiele für die gravierende Unsicherheit über die Reichweite der Gestaltungsfreiheit bei der Kft-Finanzverfassung	429
1. Einleitung	429
2. Zur Unabdingbarkeit des Mindeststammkapitalerfordernisses	430
3. Abdingbarkeit der Mindesthöhe der Stammeinlage?	431
4. Erkenntnisse aus der Prüfung der Unabdingbarkeit des Mindeststammkapitals und der Mindesthöhe der Stammeinlage	435
III. Grundzüge der geltenden Finanzverfassung der Kft	436
1. Indizien für eine gestaltungsfreundlichere Regelung der Kapitalaufbringung	436
2. Das geltende Kapitalerhaltungsregime bei der Kft	439
a. Einleitung	439
b. Ausgestaltung des gesetzlichen Ausschüttungsverbots	440
i. Einheitlich ausgestaltetes Kapitalschutzsystem bei ungarischen Kapitalgesellschaften	440
ii. Das Fehlen gesetzlicher Tatbestandsausnahmen vom Auszahlungsverbot	442
iii. Kumulatives Kapitalschutzsystem	442
iv. Solvenztest	443

v.	Auszahlungsverbot auch für Zahlungen aus schuldrechtlichen Rechtsverhältnissen?	445
c.	Rückerstattung rechtswidriger Auszahlungen – Verzicht auf das Erfordernis der Bösgläubigkeit	447
3.	Fazit	449
IV.	Kft-Kapitalaufbringung im Spannungsfeld von Gläubigerschutz und Gestaltungsfreiheit	450
1.	Vorüberlegung: Stellenwert und Zweck der Einlageleistung aus Sicht des ungarischen Schrifttums	450
2.	Erfordernis der realen Einlageleistung	453
3.	Kapitalaufbringung und »die offensichtliche Verletzung der Rechte der Gläubiger«	456
4.	Fazit	458
V.	Ausgewählte Fragen zur Feststellung der Reichweite der Gestaltungsfreiheit bei der Kft-Kapitalaufbringung	459
1.	Zum Fortgang der Untersuchung	459
2.	Ausgestaltungsmöglichkeiten und -grenzen bezüglich der Leistung der Bareinlage nach § 3:162	460
a.	Einleitung – Fragestellung	460
b.	§ 3:162 im Vergleich zur alten Rechtslage	461
c.	Aufhebung der vorherigen Mindesteinzahlungspflicht für Bareinlagen im Zuge gesetzlichen Wahlrechts?	462
d.	Gibt es eine absolute Frist zur Leistung der rückständigen Bareinlage?	465
e.	Fazit zu § 3:162	467
3.	Zulässigkeit einer Aufrechnung?	469
a.	Fragestellung	469
b.	Wesen der Aufrechnung – Aufrechnung statt der Leistung	470
c.	Gleichartigkeit der Forderungen	471
d.	Aufrechnung und Gläubigerschutz	473
e.	Aufrechnung als verdeckte Sacheinlage	474
f.	Fazit	475
4.	Zulässigkeit einer »Finanzassistenz«?	476
a.	Einleitung – Fragestellung	476
b.	Gesetzliche Regelung der Finanzassistenz im alten und neuen ungarischen Aktienrecht	477
c.	Unzulässigkeit einer Finanzassistenz bei der Kft?	478
d.	Resümee	481
VI.	Feststellungen über die Reichweite der Gestaltungsfreiheit bei der Kapitalaufbringung der Kft	481

Fünftes Kapitel: Schlussfolgerungen 485

Literaturverzeichnis 501